



Betreff: öffentlich
Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung und den Betrieb der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Einreicher: Fachbereich Kultur und Museum

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

19.04.2023	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) vom 18.06.2019 zur Zusammenarbeit und Finanzierung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH trat zum 31.12.2022 außer Kraft.

In Abstimmung mit dem MWFK wurde eine überarbeitete Verwaltungsvereinbarung für die Dauer von zwei Jahren, beginnend vom 01.01.2023, erstellt.

Gemäß Festlegung des Hauptausschusses vom 30.11.2022 soll die Verwaltungsvereinbarung vor deren Abschluss den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden.

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Die Mitteilungsvorlage selbst hat keine finanziellen Auswirkungen.

Sowohl im beschlossenen Haushalt 2022 der Landeshauptstadt Potsdam als auch im Haushaltsplan 2023/2024 der Landeshauptstadt Potsdam sind für die Jahre 2023/2024 und in der Mittelfristplanung 2025 bis 2027 jeweils 292.000 € als städtischer Zuschuss eingeplant.

Die Gewährung der Mittel an die Brandenburgisch-Preußische Geschichte gGmbH steht unter Vorbehalt des jeweiligen Haushaltsbeschlusses.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5